



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 26.06.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 29.10.2012, 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Yvonne Gebauer FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Marie-Luise Quilling	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gerson Wirth auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Katrin Gutknecht auf Vorschlag der FDP

Frau Claudia Klein auf Vorschlag der FDP

Herr Jörg Uckermann auf Vorschlag von pro Köln

Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Ebru Coban auf Vorschlag des Integrationsrates

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold

Für die Evangelische Kirche

Frau Beate Habets

Für die Bezirksschülervertretung

Frau Anna Gazel Ugurlu

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dagmar Paffen SPD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Bärbel Hölzing auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Stephanie Stangier

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Ekrem Ceylan

auf Vorschlag des Integrationsrates

Für die Katholische Kirche

Frau Christiane Mauritz

Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost, der Zahngesundheitsbericht 2012 (TOP 6.3.1), die Dokumentation zum Aktionsfeld Familienbildung von Lernen vor Ort, eine Angebotsübersicht der RAA Köln im zweiten Halbjahr 2012 (beide TOP 6.3.7) sowie der Jahresbericht 2011 des Amtes für Weiterbildung (TOP 6.3.10) ausgelegt wurden.

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

- Die Anfragen unter TOP 3.1.4 bis TOP 3.1.6 (die Beantwortung 3588/2012 zur Fußwegeverbindung Madausgelände in Neubrück wurde irrtümlich als „TOP 3.1.4“ ausgezeichnet, wird aber unter TOP 3.1.5 behandelt),
- die Vorlage unter TOP 5.5 (die Anlagen 8-10 zur Vorlage 5.1 liegen als Tischvorlage aus),
- die Mitteilungen unter TOP 6.3.6 bis TOP 6.3.10 (davon die Mitteilung zu TOP 6.3.10 als Tischvorlage), sowie
- die Personalie unter TOP 12.2.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, weist auf die Vorlage 2952/2012 zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule in der Dechenstraße hin, die fälschlicherweise bei den Mitteilungen als TOP 6.3.3 gelistet ist und bittet darum, diese als TOP 5.6 bei den Vorlagen zu behandeln.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitglieds

0.2 Verpflichtung von zwei sachkundigen Einwohnern

1 Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 03.09.2012, 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18 - öffentlicher Teil

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Anfrage von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, vom 30.01.2012: Grundschule Kupfergasse in Porz-Urbach
3177/2012

3.1.2 Schulsozialarbeit am Stadtgymnasium Köln - Porz
3494/2012

3.1.3 Beantwortung der Nachfragen zur Mitteilung 2847/2012
3496/2012

3.1.4 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, zur Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2012
3580/2012

3.1.5 Fußwegeverbindung Madaus-Gelände - Neubrück
3588/2012

3.1.6 Beantwortung der Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Riedel im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 03.09.2012
3740/2012

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Stand zur Umsetzung der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention
Thema Inklusion
AN/1619/2012

3.2.1 Stand zur Umsetzung der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention
Thema Inklusion
3617/2012

4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14
0921/2012

5.2 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld;
hier: Ergebnis des moderierten Bürgerbeteiligungsverfahrens und Beschluss über das weitere Verfahren
2707/2012

5.3 Henry Ford Realschule Karl Marx Allee 43, 50769 Köln; Erneuerung der Werkräume
1847/2012

5.4 Henry Ford Realschule Karl Marx Allee 43, 50769 Köln; Erneuerung NW-Fachräume
1848/2012

5.5 Erweiterung der Mensa am Gymnasium Pesch, Schulstr. 18, 50767 Köln (Pesch)
2844/2012

5.6 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011
2952/2012

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
- 6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilung der Verwaltung
 - 6.3.1 Gesundheitsbericht 2012
hier: Zahngesundheit bei Kindern in Köln
2271/2012
 - 6.3.2 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum II. Quartal 2012
3046/2012
 - 6.3.3 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011
 - 6.3.4 Machbarkeitsstudie Grundschule Forststraße 20, 51107 Köln-Rath/Heumar
2819/2012
 - 6.3.5 Sachstand zur Sanierung des Köln Kollegs Judenkirchhofsweg,
50679 Köln-Deutz
3502/2012
 - 6.3.6 Optimierung der Berichtspflicht gem. § 42 der Geschäftsordnung des Rates
und der Bezirksvertretungen
2585/2012
 - 6.3.7 Angebotsübersicht RAA zweites Halbjahr 2012 und Dokumentation
Aktionsfeld Familienbildung von "Lernen vor Ort"
3663/2012
 - 6.3.8 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen,
hier: Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land
3717/2012
 - 6.3.9 Schulentwicklungsplanung für die kommunalen
Berufs- und Weiterbildungskollegs
3569/2012
 - 6.3.10 Jahresbericht 2011 des Amtes für Weiterbildung
3769/2012

7 Anfragen

8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitglieds

Verpflichtet wird Frau Halberstadt-Kausch auf Vorschlag der SPD-Fraktion als stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

0.2 Verpflichtung von zwei sachkundigen Einwohnern

Verpflichtet wird Herr Gerson Wirth auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als sachkundiger Einwohner gem. § 58 Abs. 3 der Gemeindeordnung. Herr Ekrem Ceylan ist nicht anwesend und kann daher nicht verpflichtet werden.

1 Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 03.09.2012, 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18 - öffentlicher Teil

Frau Habets, Evangelische Kirche, weist darauf hin, dass in der Niederschrift erwähnt ist, dass Frau Brauweiler-Fuhr als Vertreterin der Evangelischen Kirche anwesend war. Tatsächlich war Frau Habets anwesend. Ihr Eintrag in der Anwesenheitsliste bestätigt dies.

Die Niederschrift wird mit dieser Änderung einstimmig angenommen.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Anfrage von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, vom 30.01.2012: Grundschule Kupfergasse in Porz-Urbach 3177/2012

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Schulsozialarbeit am Stadtgymnasium Köln - Porz 3494/2012

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Beantwortung der Nachfragen zur Mitteilung 2847/2012 3496/2012

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bestätigt die Darstellung der Verwaltung. Er habe selber im Gesetz nochmals nachgesehen und gefunden, dass an anderer Stelle aufgeführt wird, dass die Bezirksregierung im Benehmen mit dem Schulträger gemeinsamen Unterricht einführen kann, auch ohne einen Beschluss der Schulkonferenz einzuholen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.4 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, zur Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2012 3580/2012

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bedankt sich dafür, dass in der Antwort der Verwaltung auch die ablehnenden Voten der Schulen aufgeführt wurden und weist darauf hin, dass sich mit der Max-Planck-Realschule mittlerweile alle 5 Schulen einstimmig gegen die Pläne der Verwaltung ausgesprochen haben. Zu Punkt 2 merkt er an, dass nicht genauer beschrieben wurde, welche Arbeitseffizienz gemeint ist, die Arbeitseffizienz der Verwaltung oder die des Schulausschusses. Er möchte nicht erst am Ende des Prozesses informiert werden, sondern zu dessen Beginn. Optimal wäre es, wenn die Politik die Prozesse initiiert. Wenn wichtige Dinge wie die grundlegende Ablehnung von Vorschlägen der Verwaltung vorliegen, dann erwartet er, dass die Verwaltung bereits während des Prozesses darüber informiert, ohne besonders dazu aufgefordert zu sein. Es sei Aufgabe der Politik, in solchen Fällen aktiv zu prüfen und zu entscheiden, ob nicht doch noch ein gemeinsames Ziel erreichbar sei. Dies gelte insbesondere, wenn die Schule und die Eltern andere Dinge wünschen als die Verwaltung geplant hat. Zu den wesentlichen Antworten 3 und 4 stimmt Herr Dr. Schlieben der Verwaltung zu, dass auch er glaubt, dass Porz nach wie vor als ein guter Modellstandort anzusehen ist. Das müsse aber so lange ruhen, bis sich entweder die Rahmenbedingungen im Land geändert haben oder bis Köln im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung einen anderen innovativen Vorschlag hat.

Frau Dr. Klein bestätigt diese Ausführungen. Nach Auswertung der Elternbefragung zur nächsten Sitzung werde man auch zu diesem Thema Klarheit bekommen.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wünscht für seine Fraktion mehr Transparenz in Bezug auf wichtige Fragen der Schulpolitik. Im Gespräch mit den beteiligten Schulen aus der Porzer Schullandschaft habe er eine Unzufriedenheit mit der Kommunikation mit der Schulverwaltung gespürt. Alle hätten deutlich gemacht, dass man gerne zur Änderung der eigenen Systeme durch Umwandlung zur Gesamtschule oder Sekundarschule bereit sei. Er bittet die Schulaufsicht deshalb, eine pragmatischere Haltung einzunehmen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.5 Fußwegeverbindung Madaus-Gelände - Neubrück 3588/2012

Frau Manderla bezeichnet die Antwort der Verwaltung als sehr unbefriedigend.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

3.1.6 Beantwortung der Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Riedel im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 03.09.2012 3740/2012

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, ob man sich von Seiten der Verwaltung mittlerweile konkret für iPads der Firma Apple entschieden habe oder ob auch Tablet-PCs anderer Hersteller angeschafft werden können.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass man bewusst eine neutrale Bezeichnung verwendet hat und verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 13.2 Raum für eine Diskussion über dieses Thema bestehe.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, möchte im Hinblick auf die in der Antwort erwähnten Anträge von 8 Schulen Genaueres über das Verfahren hören und ob es eine Aufforderung an Schulen gab, sich zu melden.

Frau Gorklo-Blameuser antwortet, dass es im Hinblick auf die Beschränkung der Mittel keine Abfrage bei allen Schulen gab, sondern dass man zunächst herausragende innovative Projekte von Schulen, die sich bei der generellen Bedarfsanmeldung auch zu diesem Thema geäußert haben, unterstützen möchte.

Herr Dr. Zimmermann fragt nach, ob es sich dabei um ein neues Verwaltungshandeln handele, dass Schulen, die eine Idee haben, etwas Neues einzuführen, sich an die Verwaltung wenden sollen.

Dies wird von Frau Heuer verneint. Vielmehr handele es sich um einen langen Prozess, in dessen Verlauf mit den beteiligten Schulen eigene Modelle entwickelt wurden. Aus der Entwicklung dieser Modelle sollen dann später andere Schulen partizipieren können, wenn sich das Verfahren ausweiten lässt.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob bei der Ausweitung des Verfahrens die Standorte und die Schulformen entsprechend berücksichtigt werden.

Dies bejaht Frau Dr. Klein.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Stand zur Umsetzung der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention Thema Inklusion AN/1619/2012

3.2.1 Stand zur Umsetzung der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention Thema Inklusion 3617/2012

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Vorlagen der Verwaltung

**5.1 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14
0921/2012**

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Vorlage unter TOP 5.1 zur Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule in der Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14 von der Verwaltung zurückgezogen wird. Die Ergebnisse der Elternbefragung werden in der Dezember-Sitzung vorgestellt. Es gab gesamtstädtisch eine Rücklaufquote von 52%. Wenn man die Ergebnisse der Elternvoten im Einzugsbereich der geplanten Sekundarschule Rochusstraße auf eine 100%ige Beteiligung hochrechnen würde, so gäbe es unter den Eltern der Viertklässler nur 24 positive Voten und 14 teilweise positive Voten und unter den Eltern der Drittklässler nur 33 positive Voten und 27 teilweise positive Voten für die Schulform Sekundarschule. Die erforderliche Mindestanzahl an 75 Anmeldungen würde damit nicht erreicht.

Im Hinblick auf die Schule Rochusstraße ist das sehr bedauerlich, weil diese sich sehr für längeres gemeinsames Lernen engagiert hat und auch zu einer Einigung mit dem benachbarten Gymnasium gefunden hatte. Man wird sich nun zusammen mit den Schulleitungen mit dieser neuen Situation auseinandersetzen und zu gegebener Zeit einen Vorschlag machen, wie es nun an dieser Schule weitergehen soll, um die Standorte klug zu nutzen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, fragt nach, ob es bereits Erkenntnisse über die Voten der Eltern für die Gesamtschulen gäbe.

Frau Dr. Klein verweist auch in diesem Zusammenhang auf die Darstellung der Gesamtergebnisse der Elternbefragung in der Dezember-Sitzung.

Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

**5.2 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld;
hier: Ergebnis des moderierten Bürgerbeteiligungsverfahrens und Beschluss über das weitere Verfahren
2707/2012**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, begrüßt die Vorlage sehr und unterstützt dieses Leuchtturmprojekt für Ehrenfeld mit seiner Fraktion von Herzen. Es sei Sache der Politik, den entsprechenden Entscheidungsträgern in Düsseldorf die Wichtigkeit dieses Projektes deutlich zu machen.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erhofft sich durch die offene universitäre Einrichtung eine verbesserte Aus- und Fortbildung von Lehrer/innen in allen Bereichen und dass die dort praktisch Tätigen die Chance nutzen, an dieser Stelle zusätzlich ein urbanes kulturelles Zentrum für Ehrenfeld zu entwickeln.

Frau Dr. Klein fordert die Unterstützung des Wissenschaftsministeriums und des Schulministeriums ein. Alleine aus städtischen Mitteln ist das Projekt nicht finanzierbar.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner ProKöln, weist darauf hin, es sei die Aufgabe des Stadtentwicklungsausschusses, im Vorfeld z.B. die Unfallgefahr zu klären. Das Verfahren als solches sei dagegen vorbildlich gelaufen und sollte bei anderen Projekten dieser Größe auch angewendet werden. Er stellt den Änderungsantrag, dass das Projekt anders als der Modellvorschlag 2 der Verwaltung (Abendveranstaltung, vgl. Nr. 3.3 des Beschlusstextes) nach Modell 3 mit weiterer Bürgerbeteiligung entwickelt werden soll.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, beantragt, den geänderten Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu verwenden, der z.B. die Einbindung der Bezirksvertretung verlangt und den zusätzlichen Punkt 3.5 aufgenommen hat.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, meldet Bedenken an. Einerseits ergebe sich aus den Zahlen des Schulentwicklungsplanes die Notwendigkeit für eine weitere Schule in Ehrenfeld.

Frau Dr. Klein antwortet: Es war den Bürgern besonders wichtig, dass dann, wenn das Gelände mit einer Schule bebaut wird, dieses ein besonderes Leuchtturm-Projekt sein soll und nicht „irgendeine andere“ Schule. Deshalb hat die Verwaltung das Heliosgelände ausdrücklich mit der inklusiven Universitätsschule verknüpft. Parallel dazu sucht man weiterhin Grundstücke für die Errichtung von Schulen in Ehrenfeld.

Frau Gebauer führt weiter aus, dass ihre Fraktion den Bedarf für Ehrenfeld anerkennt, mit dem konkreten Projekt aber inhaltliche Schwierigkeiten hat. Schulfächer aus dem Stundenplan in den ersten Jahren würden z.B. als entbehrlich erachtet. Deshalb lehne ihre Fraktion diese Vorlage ab.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bittet darum, auch die Schulen entsprechend auszustatten, die keine Leuchttürme sind. Er möchte anregen, auf einen Architektenwettbewerb zu verzichten und die Schule nach Standard zu bauen.

Frau Manderla wendet ein, dass man in der vergangenen Woche über die Notwendigkeit von Architekturwettbewerben in der Zukunft nachgedacht habe. Dabei habe man auch überlegt, an welcher Stelle die Standards heruntergeschraubt werden können, um im Schulbereich einzusparen. An dieser Stelle gibt es noch Diskussionsbedarf.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass in viele Schulen erheblich investiert wird. Zur Frage der Standards wird überlegt, ob das gute Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens der Schule in Longerich, das am gleichen Tage im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, vom Gebäudezuschnitt her nicht auch auf andere Orte übertragbar ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sagt, durch den Verzicht auf Architektenwettbewerbe werde man den Anforderungen, die Schulen stellen, nicht gerecht: Es führe zu schlechter Qualität, wenn man die Gebäudewirtschaft ohne Architekturwettbewerb alleine planen lasse. Ein hoher Grad an Transparenz durch die Beteiligung der Schulen sei in diesem Bereich unverzichtbar.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schlägt vor, nur über den Punkt 2 zu beschließen und die anderen Punkte ohne Votum dem Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung zu überlassen, ohne eine konkrete Beschlussempfehlung auszusprechen.

Dem schließt sich das Gremium an, doch wird zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion proKöln abgestimmt:

Änderungsantrag der Fraktion ProKöln:

Das Projekt soll anders als der Modellvorschlag 2 der Verwaltung (Abendveranstaltung, vgl. Nr. 3.3 des Beschlusstextes) nach Modell 3 mit weiterer Bürgerbeteiligung entwickelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion, des Bündnisses 90/DIE GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimme der Fraktion ProKöln abgelehnt.

Beschluss zur ursprünglichen Vorlage:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, bei den weiteren Planungen für das Heliosgelände einen Schulstandort für die "Inklusive Universitätsschule" auf dem Heliosgelände zu berücksichtigen und zusammen mit der Universität zu Köln die Inklusive Universitätsschule im Hinblick auf das weitere Verfahren zu konkretisieren.

Zu den Punkten 1. und 3. gibt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Vorlage ohne Votum an die nachfolgenden Gremien zur Diskussion und Entscheidung weiter.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion, des Bündnisses 90/DIE GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der Fraktion ProKöln gegen die Stimme der FDP-Fraktion beschlossen.

**5.3 Henry Ford Realschule Karl Marx Allee 43, 50769 Köln; Erneuerung der Werkräume
1847/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Erneuerung der Werkräume der Henry Ford Realschule Karl Marx Allee 43, 50769 Köln.
Die Gesamtkosten belaufen sich auf 257.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**5.4 Henry Ford Realschule Karl Marx Allee 43, 50769 Köln; Erneuerung NW-Fachräume
1848/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Durchführung einer Erneuerung für die naturwissenschaftlichen Fachräume 201 (Biologie /Chemie)

und 201a (Chemie / Physik) an der Henry-Ford-Realschule, Karl Marx Allee 43, 50769 Köln mit Gesamtkosten von 315.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**5.5 Erweiterung der Mensa am Gymnasium Pesch, Schulstr. 18, 50767 Köln (Pesch)
2844/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beschließt, am Gymnasium Pesch, Schulstr. 18, 50767 Köln (Pesch) die Mensa zu erweitern, um die Anforderungen des gebundenen Ganztags zu erfüllen. Der Planung (Anlage 1) liegt die „Schulbauleitlinie der Stadt Köln“ aus 2009 für ein 4-zügiges Gymnasium Sek. I zugrunde.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen.

Sollten sich im weiteren Planungsverfahren deutliche Kostensteigerungen ergeben, ist ein erneuter Beschluss erforderlich.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung verzichtet auf einen 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler und der Finanzausschuss dem Beschlussvorschlag unverändert zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**5.6 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011
2952/2012**

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt fest, dass der Beschlusspunkt 1 nur deklaratorischen Charakter besitzt. Zu Beschlusspunkt 2 möchte er wissen, ob es Hinweise gibt, dass die Bezirksregierung ablehnt.

Frau Dr. Klein bestätigt den deklaratorischen Charakter von Punkt 1 und erklärt zu Punkt 2, dass man von einer Bestätigung durch die Bezirksregierung ausgeht, wenn der Rat entsprechend beschließt.

Herr Dr. Schlieben bittet, punkt 1 aus dem Beschlussvorschlag an den Rat herauszunehmen.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, interessiert die Stellungnahme der Schulleitung und bittet die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln um genauere Ausführungen zu den Gründen für die Verzögerung.

Frau Dr. Klein sagt für die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung der beiden Fragen zu. Es sei nicht ungewöhnlich, dass Schulen grundsätzlich mit dem Ganztag einverstanden sind, aber zunächst die erforderlichen baulichen Voraussetzungen umgesetzt haben möchten.

Herr Kaven erklärt, dass im vorliegenden Fall insbesondere die Einstufung der geplanten Mensa als Versammlungsstätte im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens zu Verzögerungen führt. Es waren Umplanungen erforderlich, die den knapp bemessenen ursprünglichen Zeitplan überzogen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet darum, in Zukunft die Stellungnahmen der Schulen bei ähnlichen Verfahren als Anlage beizulegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

„In Abänderung seines Beschlusses vom 20.12.2011 (DS 2715/2011) beschließt der Rat der Stadt Köln gem. § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG) daher, dass der gebundene Ganztag an der Eichendorff-Realschule Dechenstraße nicht zum 01.08.2013, sondern zum 01.08.2015, beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 eingeführt wird. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.“

Abstimmungsergebnis:

Der geänderte Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

6.3 Mitteilung der Verwaltung

6.3.1 Gesundheitsbericht 2012 hier: Zahngesundheit bei Kindern in Köln 2271/2012

Herr Philippi, SPD-Fraktion, sieht bestätigt, dass Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen auch anfälliger für Krankheiten sind und appelliert, gemeinsam daran etwas zu verändern.

Frau Coban, Integrationsrat, bittet für eine bessere Vergleichbarkeit um Mitteilung der Anzahl der Kinder je Stadtteil.

Herr Heitkemper, Zahnärztlicher Dienst, bestätigt, dass die Anzahl der befragten Personen im Bericht nicht aufgeführt wurde. In absoluten Zahlen wurden in allen Stadtteilen ähnlich viele Kinder befragt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, meint, dass die vorgelegten Zahlen insbesondere auf Seite 16 beweisen, dass Armut krank macht. Sie möchte wissen, ob bei Menschen mit Migrationshintergrund Unterschiede festgestellt werden konnten oder ob eher der soziale Status ausschlaggebend ist. Sie möchte wissen, ob das Zahngesundheits-Team, das den höheren Versorgungsbedarf in einigen Stadtteilen nun verstärkt decken will, auch über mehrsprachiges Personal verfügt, um den Eltern die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erklären zu können.

Herr Heitkemper erwähnt, dass zwei seiner Mitarbeiterinnen Türkisch sprechen. Auch bei Menschen mit Migrationshintergrund gebe es Unterschiede bei der Zahngesundheit, die abhängig sind vom sozialen Status.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.2 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum II. Quartal 2012 3046/2012

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, vermutet, dass der KölnPass als das konkurrenzlos bessere Produkt möglicherweise als Grund für geringe Antragszahlen in Betracht gezogen werden müsste.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.3 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld) hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011

Die Mitteilung wird als Vorlage der Verwaltung unter TOP 5.6 behandelt.

6.3.4 Machbarkeitsstudie Grundschule Forststraße 20, 51107 Köln-Rath/Heumar 2819/2012

Herr Kaven schickt voraus, dass man mit der Mitteilung die Vor- und Nachteile der verschiedenen Umsetzungsvorschläge verdeutlichen wollte und sich verwaltungsmäßig für eine Generalinstandsetzung des Gebäudes verständigt habe.

Frau Dr. Klein erklärt, dass der Spiel- und Bolzplatz „An der Fock“ mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von über 200.000 Euro hergerichtet wurde. Dort gibt es u.a. ein Basketballfeld. Es wird von der Verwaltung darauf geachtet, dass dieser Platz weder überbaut, noch zwischenzeitlich zugestellt wird, sonst müssten die zweckgebundenen Fördermittel zurückgezahlt werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, interessiert sich dafür, von wem die Gebäudewirtschaft gebeten wurde, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Seines Erachtens sei bei einer Investition von einem solchen Umfang ein Beschluss des Rates erforderlich.

Herr Kaven stellt klar, dass nach der Geschäftsverteilung für die Entscheidung über die Durchführung von Generalinstandsetzungen die Betriebsleitung zuständig sei. Für

investive Entscheidungen bedarf dies eines politischen Beschlusses. Bei Generalinstandsetzungen ist ein solcher nicht erforderlich. Da es sich in diesem Fall um eine Generalinstandsetzung und nicht um eine investive Maßnahme handelt, kann die Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft darüber befinden.

Herr Thelen schließt daraus, dass die Gebäudewirtschaft umgekehrt aber verpflichtet wäre zu bauen, wenn die Politik dieses als Investition wünsche. Wenn die Ausführungen von Herrn Kaven so stimmten, dann könne die Gebäudewirtschaft aus eigener Kraft und aus eigenem Willen die Schulbauten sanieren, ohne Alternativen zu prüfen und ohne die politischen Gremien beteiligen zu müssen. Das irritiere ihn doch sehr.

Frau Manderla weist Herrn Thelen darauf hin, dass es sich bei der Vorlage lediglich um eine Machbarkeitsstudie handele.

Herr Kaven erläutert nochmals, dass die Politik sehr wohl beteiligt werde: Der Auftraggeber für die Gebäudewirtschaft zur Veranlassung einer Vorprüfung sei in jedem Falle das Amt für Schulentwicklung. Die Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft gebe lediglich den Anstoß zur Durchführung einer Generalinstandsetzung. Die Politik wird über den Baubeschluss am Entscheidungsprozess beteiligt und kann dann definitiv entscheiden, ob die Baumaßnahme durchgeführt wird oder nicht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.5 Sachstand zur Sanierung des Köln Kollegs Judenkirchhofsweg, 50679 Köln-Deutz 3502/2012

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, was in der Zwischenzeit bis Ende 2013 geplant ist: Findet die Teilauslagerung in die Eitorfer Straße noch statt? Sie habe davon gehört, dass dort schon jetzt sehr große Einschränkungen durch Staub und Dreck herrschen sollen.

Frau Heuer informiert, dass man bereits intensiv an der Auslagerung in den Campus Deutz arbeite.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.6 Optimierung der Berichtspflicht gem. § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 2585/2012

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.7 Angebotsübersicht RAA zweites Halbjahr 2012 und Dokumentation Aktionsfeld Familienbildung von "Lernen vor Ort" 3663/2012

Die Mitteilung und die ausgelegten Broschüren werden zur Kenntnis genommen.

6.3.8 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, hier: Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land 3717/2012

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass es in dem Schreiben des Staatssekretärs noch heiße, dass man sich der Problematik der Finanzierung bewusst ist und einen Zusammenhang nicht in Abrede stellt, während im Referentenentwurf davon gesprochen werde, dass es sich nicht um eine Erweiterung der Aufgaben des Schulträgers handelt. Darin stecke bereits eine Andeutung, dass man nicht bereit sei, sich an den Kosten zu beteiligen. Er bittet um die Gegenüberstellung der Kosten für inklusive Schulen für 80% der Schüler, wodurch die Kosten für Förderschulen verringert werden, mit den Kosten des bestehenden Systems. Mit solchen Zahlen hätte man möglicherweise eine bessere Grundlage für die Argumentation gegenüber dem Land.

Frau Dr. Klein erwidert, dass die Städte insgesamt bereits über den Städtetag ein Gutachten von Professor Höfling beauftragt und dem Land vorgelegt haben, das mit einem Gegengutachten vom Land beantwortet wurde, welches eine Konnexität der Sachverhalte verneint. Die Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, Städtetag und Land, befassen sich mit dieser Frage. Sie hält es für möglich, dass es hierzu zu einem Klageverfahren kommt. Köln hat als Vorreiter mit seinem Inklusionsplan eine leicht verbesserte Ausgangsposition und könnte noch am ehesten zu einer genauen Berechnung in der Lage sein. Dies wird derzeit in Abstimmung mit dem Städtetag in einer Arbeitsgruppe vorbereitet und klagerrelevante Zahlen ermittelt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, liest auf Seite 2 des Schreibens vom Ministerium, dass der Kölner Inklusionsplan ehrgeizig sei. Der Kölner Stadt-Anzeiger zitiert Prognosen von Bildungsexperten und der Ministerin, die eine Steigerung auf 65% für möglich halten, während der Rat der Stadt Köln im gleichen Zeitraum 80% inklusiv beschulen will. Er möchte wissen, ob die Stadt andere Prognosen hat als die Ministerin.

Frau Dr. Klein sieht darin keinen direkten Widerspruch. Die Fachwelt hält 80% für möglich. Im Kölner Inklusionsplan wurden bewusst keine Zahlen festgelegt, sondern das Ziel verankert, möglichst viele Kinder inklusiv zu beschulen. Vorrangig sei hier die Frage, ab wann das Land unabhängig von der Prozentzahl eine Konnexität anerkennt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.9 Schulentwicklungsplanung für die kommunalen Berufs- und Weiterbildungskollegs 3569/2012

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt den Vorschlag, das Thema aufzugreifen, zumal sich die Berufskollegs im Schulausschuss immer stiefmütterlich behandelt fühlten.

Frau Kellinghaus-Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, sieht das Thema insbesondere unter den Gesichtspunkten „Berufsorientierung und Inklusion“ als besonders wichtig an. Sie bietet an, dass sie in diesem Rahmen genauer ausführt, was bei der Inklusion noch getan werden muss.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, weist darauf hin, dass sich die Kundenkreise zwischen Berufskollegs und Weiterbildungskollegs nur teilweise überschneiden, hauptsächlich im Bereich der ab 16-Jährigen. Bei Umschülern mit Berufserfahrungen gibt es kaum eine Konkurrenzsituation. Sie fände es gut, wenn dieser Punkt im direkten Gespräch mit den Berufskollegs einmal geklärt werden könnte.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.10 Jahresbericht 2011 des Amtes für Weiterbildung 3769/2012

Die Mitteilung und die ausgelegte Broschüre werden zur Kenntnis genommen.

7 Anfragen

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, fragt zum Thema „**Schulbaumaßnahmen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung**“:

Der Zustand der städtischen Finanzen ist insbesondere mit Blick auf die aktuelle, aber auch auf die zukünftige Haushaltssituation besorgniserregend. Die einzelnen Dezerenate sollen nun auf Weisung des Oberbürgermeisters Sparvorschläge entwickeln, um ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Baumaßnahmen im Schulbaubereich sind seitens der Schulverwaltung bisher schon beauftragt worden (Maßnahmen und Kosten)?
2. In welchem Umfang sind die schon beauftragten Maßnahmen im Schulbautenbereich von den Plänen zur Haushaltskonsolidierung betroffen?
3. Welche Auswirkungen werden die Pläne zur Haushaltskonsolidierung auf zukünftige Planungen/Maßnahmen im Schulbaubereich haben?

Auch **Herr Thelen**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, interessiert sich für die Auswirkungen der **Haushaltssperre** auf die Schulbauten.

Im Rückblick auf die Ausschusssitzung vom 03.09.2012 erinnert er daran, dass er im Zusammenhang mit der Ausstattung der Mensen darum bat, das Erfordernis von Duschen im Personalbereich nochmals zu überprüfen. Er vermutet, dass in Köln im Unterschied zu anderen Gemeinden bei **baulichen Vorgaben** ein vorhandener Ermessensspielraum nicht wahrgenommen werde.

Außerdem möchte er den aktuellen Sachstand zum Thema „**Parkraumbewirtschaftung an Schulen**“ wissen.

Frau Dr. Klein antwortet zunächst in Bezug auf die letzte Frage, dass es keinen neuen Sachstand gebe: Derzeit plane man, die Parkraumbewirtschaftung ausschreiben zu lassen.

Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, mutet das komisch an: Die Parkraumbewirtschaftung war als Konsolidierungsmaßnahme von der Mehrheit des Rates beschlossen worden, weil die Verwaltung im Rat mögliche Gewinne daraus hochgerechnet hatte. Wenn dieser Bereich nun outgesourced werden soll, könnte daraus ein Nullsummenspiel werden. Unter diesen Umständen müsse der Beschluss zur Parkraumbewirtschaftung wieder aufgehoben werden.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass zunächst ein vergaberechtlich korrektes Verfahren für mehr als die eine Beispielschule vorbereitet wird. Stellt sich im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens heraus, dass das ganze Projekt unwirtschaftlich ist, so wird der Vorschlag nicht umgesetzt und die Verwaltung wird die Politik über das Ergebnis in-

formieren. Sollte die Ausschreibung aber ergeben, dass die Beauftragung Dritter ein Konsolidierungsergebnis erbringt, so wird eine entsprechende mit Zahlen unterlegte Vorlage zur Beratung in die Politik eingebracht. Da städtischer Parkraum ein wertvolles Wirtschaftsgut ist, rechnet Frau Dr. Klein mit einem Überwiegen der Einnahmen.

Frau Heuer beantwortet die Frage nach den Duschen im Personalbereich der Mensen, dass die Schulverwaltung dieses Thema intensiv hinterfragt hat und mittlerweile Spielräume erkennt, wie auch anders reagiert werden kann. Dies wird bei anderen Themen genauso gehandhabt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt zum Thema „**Gemeinschaftsgrundschule Honenschaftsstraße/Höhenhaus**“:

1. Die Außenwände des Aula-Gebäudes weisen erhebliche substantielle Mängel hervor. Bereichsweise sind bereits oxidierte Stahlträger sichtbar. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung zu einer möglichst zeitnahen Sanierung der Außenwände?
2. Im Innenraum der Aula fehlen immer noch Vorhänge; bereits installierte Vorhänge bereiten Probleme wegen der wenig durchdachten Befestigung.
3. Die Bodensanierung im Werkraum ist immer noch nicht abgeschlossen; auch in diesem Raum fehlen Vorhänge.
4. Nach wie vor gibt es Probleme mit der Dimension des Essraumes; dieser ist für mittlerweile 199 Kinder im Offenen Ganztage zu klein. Darüber hinaus gibt es Bedarf für eine zweite Küche (eine adäquate Räumlichkeit ist vorhanden!).
5. Der bauliche Zustand der Sporthalle –insbesondere des Bodens und der Decke– ist äußerst bedenklich. Gibt es Überlegungen zu einer Generalsanierung der Halle? (Hinweis: Der TV Höhenhaus ist hier Träger des Offenen Ganztages!).
6. Nach den letzten Arbeiten an der Stromzufuhr durch die Rheinenergie kommt es regelmäßig zu Problemen bei der Zufuhr von Strom. Es ist zur Zeit nicht möglich, alle wesentlichen elektrischen Geräte gleichzeitig zu betreiben. Welche Zeitfenster sieht die Fachverwaltung zur Lösung der verschiedenen Problemsituationen?

Frau Ugurlu, Bezirksschüler/innen-Vertretung, erklärt: Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 29.10.2012 wurde von einem Schüler des **Köln-Kollegs** auf die Problematik des **Mensaessens** aufmerksam gemacht, da unter anderem verschimmeltes Essen ausgeteilt worden sei. Darüber hinaus seien schwerwiegende Verstöße gegen die Hygieneverordnung vom Gesundheitsamt festgestellt worden. Dies habe keine Konsequenzen zur Folge gehabt. Es habe viele Schüler gegeben, die auf Grund des Essens an einer Magen-Darm-Infektion erkrankt seien. Die Bezirksschüler/innen-Vertretung bittet um Prüfung und gegebenenfalls um die Entziehung der Lizenz des/der Verantwortlichen.

Frau Dr. Klein sagt eine Prüfung zu. Die Verwaltung wird anschließend darüber berichten. Sie warnt davor, solche Vorwürfe öffentlich zu behaupten, bevor ihr Wahrheitsgehalt überprüft ist.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bittet um einen aktuellen Sachstand der Planungen zur **Brauereibrache Bayenthal**.

Frau Dr. Klein antwortet, dass es hierzu keinen neuen Sachstand gibt.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, fragt nach Neuigkeiten zum „**Job-Ticket für Lehrer**“.

Frau Dr. Klein erklärt, dass auch dieses Thema im Zusammenhang mit dem Thema Parkraumbewirtschaftung geprüft wird.

8 Verschiedenes
gez. Manderla, 12.11.2012

gez. Bernecker, 12.11.2012

Manderla
Vorsitzende

Bernecker
Schriftführer